

umwelt aktuell Spezial zur Bundestagswahl

Die Parteien haben ihre Wahlprogramme vorgelegt, zahlreiche Organisationen Wahlprüfsteine verschickt. Über Atomkraft oder Klimaschutz wird seit Wochen breit debattiert. Daneben sind es aber oft die übergreifenden Themen, die unseren Alltag beeinflussen. Deshalb beleuchten Gastautoren in diesem umwelt aktuell Spezial die Positionen der fünf aussichtsreichsten Parteien zu Generationengerechtigkeit, Steuerpolitik, Rohstoffhandel, Bioenergie und Fußgängerverkehr.

29 Parteien und politische Vereinigungen werden sich an der Bundestagswahl am 27. September beteiligen. Sechs von ihnen werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Fünf-Prozent-Hürde überschreiten und in das deutsche Parlament einziehen. 598 Sitze sind zu vergeben, eventuell kommen einige Überhangmandate hinzu. Die Bürgerinnen und Bürger können mit ihrer Erststimme Personen und mit der Zweitstimme Parteien wählen, deren Positionen ihren eigenen Ansichten am ehesten entsprechen. Doch werden die Parteien ihre Wahlversprechen halten? Wie sehen die notwendigen Kompromisse im politischen Alltag in welcher Koalition aus? Wirklich wissen können wir das erst am Ende der Legislaturperiode voraussichtlich im Jahr 2013.

Als Entscheidungshilfe finden Sie in diesem Spezial Analysen zu fünf Themen rund um den Umweltschutz. Gastautoren aus Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben die Wahlprogramme, das Abstimmungsverhalten und die sonstige Politik der Parteien kritisch geprüft. Denn eine zukunftsfähige Regierung muss enkeltaugliche Entscheidungen treffen, mit einem Bewusstsein für die ökologische Krise auf die Finanzkrise reagieren und beim Handel mit Ressourcen auf Menschenrechte und Umweltschutz achten. Auch bei Biokraftstoffen und in der Verkehrspolitik sind nachhaltige Lösungen gefragt.

Lassen Sie sich inspirieren und treffen Sie eine gute Wahl! **[Die Redaktion]**

Auswahl umwelt- und entwicklungspolitischer NGO-Forderungen zur Bundestagswahl:

- ▶ BUND: KandidatInnen-Check zu Atomausstieg, Kohlekraftwerken und Gentechnik: www.bund.net/kandidatinnencheck
- ▶ NABU: www.nabu.de (Themen – Umweltpolitik – Wahlen – Superwahljahr)
- ▶ Verkehrsclub Deutschland: www.vcd.org/?208
- ▶ Deutscher Tierschutzbund: www.tierschutzbund.de/3441.html
- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de/?auf_ruf_gegen_den_hunger
- ▶ Klima-Allianz: www.klimawahl2009.de
- ▶ WWF: www.wwf.de

Generationengerechtigkeit

Enkeltaugliche Entscheidungen treffen

Die Deutschen stellen im Superwahljahr kurz-, mittel- und langfristige Weichen für die Zukunft

Die Umweltpolitik ist ein Maß für die Zukunftsfähigkeit von Wahlprogrammen. Alle größeren Parteien räumen der Umwelt einen hohen Stellenwert ein – auf dem Papier. Inwieweit die Parteien ihre Vorhaben nach der Wahl auch umsetzen, hängt unter anderem von der Art der Koalition ab. ■ VON PATRICK WEGNER UND JÖRG TREMMEL, SRZG

Die Konstellation im Jahr 2009 ist außergewöhnlich. Wir erleben das Superwahljahr, das Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Verstaatlichungen und Konjunkturpakete, das „Obama-Jahr“ und nicht zuletzt die entscheidenden Verhandlungen über das Kyoto-Nachfolgeprotokoll. Die Deutschen sind zu einem Zeitpunkt aufgerufen, den neuen Bundestag zu wählen, an dem Entscheidungen über wichtige kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungen anstehen.

Kurzfristig stellt sich die Frage, wie wir mit der Finanzkrise umgehen sollen. Sind Abwrackprämie und Staatshilfe für strauchelnde Unternehmen die richtigen

Mittel oder erliegt die Politik in Zeiten des Wahlkampfes der Versuchung, wenig nachhaltige Konjunkturpakete mit großem Verpuffungseffekt zu verabschieden? Mittelfristig müssen wir entscheiden, wie unser Finanz- und Wirtschaftssystem in Zukunft aussehen soll. Dabei brauchen wir grundlegende Antworten, wie stark die Rolle des Staates in unserer Gesellschaft sein soll. Langfristig stellen sich schließlich die großen Fragen der Generationengerechtigkeit unserer Gesellschaft. Wie sichern wir die Nachhaltigkeit unseres Sozialsystems, wie verhindern wir eine totale Überschuldung kommender Generationen und wie vermeiden wir, dass wir unseren Nachfahren

eine vom Klimawandel stark veränderte Welt hinterlassen? Kurz: Wie stellen wir sicher, dass kommende Generationen die gleichen Chancen haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, wie wir?

Wir wählen auch für die noch nicht Geborenen mit

Während uns die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen klar vor Augen stehen, unterliegt unsere Auseinandersetzung mit langfristigen Themen einer fatalen Aufmerksamkeitskonjunktur. Den Beweis dafür lieferte die Politik der vergangenen Monate, die die Klimaziele im wahrsten

Sinne des Wortes abwrackte, um rückständige Industriezweige kurzfristig zu fördern. Wenn wir die langfristigen Entwicklungen jedoch ernst nehmen, sollte uns bewusst sein, dass wir immer auch für die noch ungeborenen Generationen zur Wahlurne gehen. Die Bundestagswahl 2009 ist daher, wie jede Bundestagswahl, auch eine Generationenwahl. Wir beeinflussen durch unsere Entscheidungen wesentlich die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner, und sollten uns im Moment der Wahrheit nicht aus der Verantwortung stellen.

Wahlprogramme mit Langfristwirkung – welche Rolle spielt die Umwelt?

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns als WählerInnen mit den langfristigen Auswirkungen der Wahlprogramme der Parteien beschäftigen, die sich im September zur Wahl stellen. In Anbetracht der Herausforderungen durch den Klimawandel ist klar, dass die Umweltpolitik dabei eine wesentliche Rolle spielt. Sie bietet sich daher in besonderem Maße an, um die Zukunftsfähigkeit der Wahlprogramme zu vergleichen. Dabei sind die Energiepolitik, die Verkehrspolitik und der Umweltschutz die wichtigsten Aspekte.

Vergleicht man die kürzlich verabschiedeten Wahlprogramme der größeren Parteien (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, Linkspartei), wird deutlich, dass die Umweltpolitik in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen hat. Keine Partei kann es sich mehr leisten, ein Wahlprogramm zu verabschieden, das nicht auf die Kernaspekte der Umweltpolitik eingeht. In vielen Bereichen hat sich dabei ein weitgehend parteiübergreifender Konsens herausgebildet, in anderen Bereichen gehen die Positionen noch mehr oder weniger stark auseinander.

Kernthemen: Energie, Verkehr und Naturschutz

In der Energiepolitik sprechen sich alle Parteien für eine Reduktion der CO₂-Emissionen und eine schrittweise Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien

an der Strom- und Wärmeproduktion aus. Am weitesten geht die Forderung der Grünen, die bis 2040 einen 100-prozentigen Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion verlangen. Auch fordern alle Parteien die Verbesserung der Energieeffizienz bei Gebäuden. Sie unterscheiden sich vor allem darin, in welchem Ausmaß sie diese Energiewende fördern und forcieren wollen. Linke, Grüne und SPD halten am Atomstopp fest, CDU/CSU und FDP sehen die Kernenergie als wichtige Übergangstechnologie. Generell nehmen die Union, die FDP und zu einem geringeren Teil auch die SPD bei der Energiewende mehr Rücksicht auf die traditionellen Stromerzeuger. Alle drei wollen, im Gegensatz zu den Grünen, die Technik des Carbon Capture and Storage (CCS) zum unterirdischen Speichern von Kohlekraftwerksemissionen fördern. Die stärksten Einschränkungen bei der Förderung erneuerbarer Energien sind im Programm der FDP zu finden, die eine Prüfung jeder Förderung auf Effizienz und Kosten verlangt. Dabei sollte man im Hinterkopf behalten, dass bei der Einführung erneuerbarer Energien, wie bei allen Technologien, zunächst auch Kosten zu erwarten sind.

In der Verkehrspolitik sprechen sich alle Parteien für die Entwicklung umweltfreundlicherer und effizienterer Autos aus. Dabei wird von allen Parteien das Elektroauto favorisiert. FDP und Die Linke sprechen sich gegen die Förderung von Biosprit aus. Unterschiedlich sehen die Parteien vor allem die Zukunft der Schiene. Zwar wollen alle Parteien den Bahnverkehr fördern, am stärksten Grüne und Linke, aber Union und FDP betonen weiter die Unverzichtbarkeit der Straße.

Auch im Naturschutz ist inzwischen ein Konsens erkennbar. So wollen alle Parteien Naturschutzgebiete stärker vernetzen, um dem Artensterben entgegenzuwirken. Auch treten alle für ein höheres Schutzniveau für Gewässer und Böden ein. Union und FDP setzen jedoch auf Eigenverantwortung und wollen wirtschaftliche Interessen mit dem Umweltschutz in Ausgleich bringen. Die Grünen fordern hingegen Sanktionen bei Verstößen gegen Umweltschutzrecht ein

und sind für stärkere Restriktionen bei Konflikten zwischen wirtschaftlichen und Umweltinteressen.

Wie geduldig ist Papier in Krisenzeiten?

Insgesamt ist zu erwarten, dass eine Regierungskoalition, die stärker im konservativ-liberalen Lager verortet ist, wirtschaftliche Faktoren bei der Umsetzung der Umweltpolitik stärker berücksichtigen würde. Eine Regierung unter sozialdemokratischer/grüner/linker Ägide würde in der Umsetzung der Umweltpolitik vermutlich weiter gehen und die Wirtschaft mehr in die Pflicht nehmen. Spannend bleibt die Frage, wie eine schwarz-grüne Koalition sich in der Umweltpolitik positionieren würde. Im Zweifel würde die Union der Kernforderung der Grünen nach einem Atomstopp wohl nachgeben.

Abzuwarten ist jedoch, inwiefern sich die Bekenntnisse der Parteiprogramme in Krisenzeiten auch in der tatsächlichen Regierungspolitik niederschlagen werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Umweltpolitik den hohen Stellenwert einnehmen wird, der ihr in den Wahlprogrammen zugeschrieben ist.

Patrick Wegner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG). Er hat Politikwissenschaft, Soziologie und Recht studiert.



Dr. Dr. Jörg Tremmel lehrt an der London School of Science and Economics. Er promovierte in Soziologie und Philosophie zu Themen der Generationengerechtigkeit und hat dazu zahlreiche Artikel und Bücher veröffentlicht.



Kontakt:
Tel. +49 (0)6171 / 982367,
E-Mail: kontakt@srzg.de,
www.srzg.de

Ökologische Finanzpolitik

Wie Parteien auf die Krise reagieren

Ohne radikale Kehrtwende in der Steuerpolitik ist Umweltschutz nicht zu erreichen

Solange die Marktwirtschaft Umweltzerstörung belohnt, ist eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes, des Flächenverbrauchs oder des Artenschwunds nicht zu schaffen. Keine der Parteien traut sich, unpopuläre Maßnahmen schon vor der Wahl anzukündigen – dabei hätte sie gute Argumente auf ihrer Seite. ■ VON DAMIAN LUDEWIG, FÖS

Eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 95 Prozent in den nächsten 40 Jahren macht sich nicht nebenher. Auch das Problem des Artenschwunds ist nach wie vor ungelöst. Diese und weitere Umweltprobleme in einer Marktwirtschaft können nicht gelöst werden, solange die finanziellen Anreize dagegenstehen. Wenn eine Gemeinde sich maßgeblich durch Bauland finanzieren muss, wird es keine Verringerung des Flächenverbrauchs geben. Solange der Kauf von Umweltprodukten teurer ist als die Ausbeutung von Mensch und Natur zugunsten von Ramschprodukten, helfen Aufklärungsarbeit und Appelle nur bedingt weiter. Wir brauchen eine umfassende Ökologisierung der Steuer- und Finanzpolitik.

Noch immer finanziert sich der Staat zu mehr als zwei Dritteln durch die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben, während Steuern auf Naturverbrauch zu weniger als zehn Prozent zu den Staatsfinanzen beitragen. Aber statt zu verteuern, was wir fördern wollen (Arbeitsplätze), sollten wir besteuern, was wir reduzieren wollen (Naturverbrauch). Umweltschädliche Subventionen wie Ausnahmen bei der Ökosteuer oder staatliche Zahlungen für die Kohle belaufen sich nach Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Deutschland auf rund 34 Milliarden Euro jährlich.⁽¹⁾ Das Umweltbundesamt kommt gar auf 42 Milliarden – das ist mehr, als der Staat durch Umweltsteuern einnimmt. Auch wenn wir Ordnungsrecht in vielen Bereichen brauchen – ohne massive Korrektur struktureller Fehlanreize wird uns der Schutz von Umwelt und Natur nicht gelingen.

Die Bundesregierung hat die Chancen zusätzlicher Staatsausgaben für die Ökolo-

gisierung des Wirtschaftens nur unzureichend genutzt. Nach einer Studie des FÖS können nur 13 Prozent der Konjunkturpakete I und II als nachhaltig bezeichnet werden.⁽²⁾ Zentrale Frage in den nächsten Monaten ist, wie der Staat die gewaltigen Mehrausgaben für seine Konjunkturprogramme gegenfinanziert. Wir brauchen Steuern, die helfen, Probleme zu lösen, und die mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Anreize schaffen, statt Probleme zu verschärfen oder verursachen. Dazu gehören neben Umweltsteuern auch Börsenumsatz- und Vermögenssteuer. Umweltsteuern helfen, die Klimakrise zu verhindern, soziale Steuern vermindern das Risiko von Finanzkrisen und führen zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Soziale Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz ökologischer Reformpolitik.

Die Wahlprogramme der Parteien unter der Lupe

Die Parteien werden diesen Herausforderungen nur unzureichend gerecht. Am stärksten verankert ist der Gedanke einer Ökologisierung der Steuer- und Finanzpolitik im Wahlprogramm der Grünen. Er nimmt zwar nicht mehr den zentralen Stellenwert ein wie in früheren Zeiten, aber eine halbe Seite ist das Thema der Partei wert. Viele Themen wie Abschaffung der Entfernungspauschale, Reform der Dienstwagenbesteuerung, Einführung einer Steuer auf Kernbrennstoffe oder die Ökologisierung der Gemeindefinanzen werden genannt. Auch in den tatsächlichen Abstimmungen im Bundestag setzte sich die Grünen-Fraktion bisher am stärksten für eine ökologische Finanzreform ein.

Die Linkspartei hat zumindest einige

Aspekte einer ökologischen Finanzreform aufgegriffen. Im Vordergrund steht zwar das Soziale, Ökologie wird aber spürbar als Querschnittsthema gesehen. Die Linke fordert, „bezahlbare Energie und Mobilität“ müsse „auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben“. Doch sie scheint verstanden zu haben, dass soziale Umweltpolitik nicht heißt, Energieverbrauch möglichst billig zu machen, sondern mit Einnahmen aus Umweltsteuern oder Zertifikateversteigerungen für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Während die Partei im Europaprogramm noch für die Abschaffung des Emissionshandels plädierte, übt sie nun nur noch berechtigte Kritik, indem sie „Besteuerung der Extraprofiten der Energiekonzerne“ und „Versteigerung statt kostenlose Vergabe von Emissionszertifikaten“ fordert. Die Erlöse will sie für den Klimaschutz und zur sozialen Abfederung der Energiewende einsetzen. Die Mehrwertsteuer für den Schienenpersonenfernverkehr soll auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent gesenkt, im Gegenzug der Flugverkehr wesentlich belastet werden. Das praktische Handeln sah in der letzten Legislaturperiode jedoch oft anders aus: Während die Linkspartei im Kampf gegen „Windfall Profits“ und mangelnde Versteigerung im Emissionshandel durchaus Vorreiter war, hat sie gleichzeitig die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale gefordert und auch die Absenkung der Steuer auf Agrardiesel unterstützt. Abbau umweltschädlicher Subventionen sieht anders aus.

Bei der SPD taucht das Thema ökologische Finanzreform im Wahlprogramm quasi nicht auf. Lediglich ein Klimaschutz-Investitions-Gesetz wird angekündigt, das „klare und verlässliche Anreize im Steu-

errecht für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien“ schaffen soll. Die SPD legt klare Bekenntnisse zu Steinkohlesubventionen und zum Neubau von Kohlekraftwerken ab. Aber sie will ein großes Pilotvorhaben zum Test von Flächenzertifikaten starten. Auch Energiesteuerprivilegien für das produzierende Gewerbe an die Einführung von Energiemanagementsystemen zu binden, ist zu begrüßen. Insgesamt bleibt das Programm schwammig mit wenig konkreten Maßnahmen. Auch die Bilanz der letzten Legislaturperiode ist durchwachsen: Beim Abbau umweltschädlicher Subventionen gab es Fortschritte etwa beim Auslaufen der Eigenheimzulage und dem Versuch, die Pendlerpauschale deutlich zu kürzen. Insgesamt ist aber zu wenig passiert, zum Teil sind auch Rückschritte zu verzeichnen. So führt die Kfz-Steuerreform zu Entlastungen der Autofahrer und auch die Steuer für Agrardiesel wurde gesenkt.

Die CDU/CSU bekenn sich abstrakt zu ökonomischen Instrumenten im Umweltschutz: „Anreize und marktwirtschaftlich

orientierte Instrumente sind staatlichen Regulierungen und Vorschriften vorzuziehen.“ Im Detail ist sie dann aber dagegen: „Eine höhere staatliche Belastung der Energiepreise wird es mit CDU und CSU nicht geben.“ „Wir werden dafür sorgen, dass die zeitliche Befristung der Steuerentlastung beim Agrardiesel aufgehoben wird und die Entlastung dauerhaft wirksam ist.“ Auch bei den Fortschritten, die es in den letzten vier Jahren gab, ist die CDU/CSU selten als progressiver Part aufgetreten.

Die FDP tritt für eine massive Senkung (nicht mehr Abschaffung) der Ökosteuer ein. Selbst die Mehrwertsteuer auf Energie soll auf sieben Prozent gesenkt werden. Positiv ist, dass die FDP den Emissionshandel auf andere Sektoren ausweiten will. Die FDP-Überlegung scheint allerdings folgende zu sein: Wenn der Verkehrssektor in den Emissionshandel einbezogen wird, können wir alle anderen Instrumente ablehnen und über den Clean Development Mechanism billige CO₂-Einsparungen im Ausland vornehmen, sodass Deutschland „business as usual“ betreiben kann.

Weder rosig noch grün

Insgesamt sind die Aussichten weder rosig noch grün. Bleibt die vage Hoffnung, dass es nach einer Wahl einfacher ist, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, als diese vor der Wahl anzukündigen. Vielleicht fasst sich die neue Bundesregierung ja doch ein Herz und stärkt ökofiskalische Instrumente, statt die Mehrwertsteuer weiter anzuheben – dann hätte sie zumindest die besseren Argumente auf ihrer Seite.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.kurzlink.de/gp-subventionsstudie
- ▶ (2) www.kurzlink.de/wwf-konjunkturstudie

Der Volkswirt Damian Ludewig ist Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Berlin und einer der Sprecher der Klima-Allianz.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 51053080, E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de



Ressourcenpolitik

Freihandel mit Rohstoffen?

Auf Druck der Industrie fordern Bundesregierung und EU weltweit „offene Märkte“ für Rohstoffe aller Art

Deutschland gehört zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Viele Ressourcen werden ohne Rücksicht auf Umweltschutz und Menschenrechte importiert. Zur Bundestagswahl finden die Parteien allerlei schöne Worte für „Ressourcengerechtigkeit“. Doch deutsche Regierungen drängen gemeinhin auf Freihandel. ■ VON PETER FUCHS, WEED

Auf seiner Internetseite kommt das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) zu einem klaren Befund: Deutschland zählt als wichtige Industrienation zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Ein Großteil der Massenrohstoffe wie Kies und Sand werden zwar aus heimischen Lagerstätten gewonnen. Aber bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien besteht eine nahezu 100-prozentige Importabhängigkeit. Auch die Energierohstoffe Öl, Gas, Kohle und Uran werden in großem Umfang aus dem Ausland eingeführt. In

der ordnungspolitischen Philosophie des BMWi ist die direkte „Rohstoffsicherung Aufgabe der Wirtschaft“⁽¹⁾. Aber mit ihrer Rohstoffpolitik will die Bundesregierung die „erforderlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, international wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung“ schaffen. Also betreibt sie die außenpolitische und außenwirtschaftliche Flankierung der Rohstoffimporte deutscher Unternehmen.

Bundesregierung und Wirtschaft arbeiten nach eigener Auskunft dabei eng zusammen. Im 2007 eingerichteten Interministeriellen Ausschuss Rohstoffe

unter Federführung des BMWi wirken die verschiedenen Ressorts, aber auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) aktiv mit. Die vermeintliche „Klimakanzlerin“ Angela Merkel (CDU) versprach dem BDI 2007 ein verstärktes Rohstoffengagement und noch im gleichen Jahr wurde das Papier „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“⁽²⁾ vorgelegt. Immer wieder betont wird darin „das Ziel einer möglichst weitreichenden Liberalisierung der Weltmärkte gerade auch bei Rohstoffen“. Sogenannte Handelshemmnisse sollen abgebaut und

Exportzölle verboten werden. Gestärkt und ergänzt wird diese Agenda auch in Brüssel: Industriekommissar Günter Verheugen (SPD) stellte im November 2008 die neue EU-Rohstoffstrategie vor, die ebenfalls den „diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt“ (sprich: Freihandel mit Rohstoffen) als wichtigen Grundpfeiler nennt. Zuvor hatte bereits 2006 die Bundesregierung eine stärkere Berücksichtigung deutscher Rohstoffinteressen im Rahmen der „Global-Europe“-Handelspolitik eingefordert.

Schöne Worte zur Ressourcenpolitik

Vor diesem Hintergrund lesen sich die Wahlaussagen der Parteien im laufenden Bundestagswahlkampf reichlich blumig. Immerhin, die Grünen sowie die Linkspartei haben sich im Bundestag schon länger für einen grundlegenden Kurswechsel in der Ressourcenpolitik starkgemacht. So ist es konsequent, wenn im Programm der Grünen formuliert wird: „Umweltschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. 15 Prozent der Weltbevölkerung verschwenden über die Hälfte der Rohstoffe. Der Ressourcenmangel der Industrie- und Schwellenländer ist für die Konflikte auf unserem Globus mitverantwortlich. Der Handel mit Rohstoffen darf nicht zulasten von Menschenrechten gehen. Internationale Abkommen, die Preise für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe auf fairem Niveau stabilisieren, sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg von Entwicklungsländern. Wir brauchen eine andere Ressourcenpolitik. Der Zugriff auf die knappen Ressourcen unserer Erde muss fair geteilt werden.“ Analytisch etwas schärfer kritisiert die Linkspartei die Außenpolitik der industrialisierten, rohstoffarmen Länder wie Deutschland als eine „imperiale Rohstoff- und Energiesicherungspolitik“.

Die Linke sieht im „Streben nach sozialer Gerechtigkeit und einem radikalen ökologischen Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen zwei Seiten einer Medaille“. Folgerichtig spricht sich die Linkspartei für eine konsequente Energiewende aus und unterstreicht die zunehmende Knappheit der Rohstoffe: „Die Stoffströme,

die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, müssen daher in den nächsten Jahrzehnten um den Faktor zehn reduziert werden.“ Und sie formuliert am deutlichsten von allen Parteien eine klare Absage an „die Politik des Freihandels und der Liberalisierung“.

Programmatisches – nicht etwa tagespolitisches – Leitmotiv der SPD ist die „ökologische Industriepolitik“. In ihrem „Regierungsprogramm“ schreibt sie: „Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende Industrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen. Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Unser Konzept ist das der ökologischen Industriepolitik.“ Die SPD will Deutschland als „globalen Anbieter von Umwelttechnologien und -dienstleistungen des 21. Jahrhunderts“ positionieren. Diese Grundorientierung wird von allerlei recht vage gehaltenen Bekenntnissen zu Ressourceneffizienz, globaler Strukturpolitik, einer globalen Verantwortungsgemeinschaft und zu einer kooperativen Energie- und Ressourcenpolitik flankiert.

Auch die FDP nennt in ihrem Wahlprogramm die stärkere Nutzung nachwachsender Rohstoffe, eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft und das langfristige Ziel einer CO₂-neutralen Energieversorgung. Zugleich aber unterstreicht sie mehr als die anderen Parteien ihr unerschütterliches Technikvertrauen („zweite grüne Revolution“, „Fortschritt durch moderne Technik“) sowie ein ungebrochenes Verhältnis zu marktliberalen Grundüberzeugungen: „Freihandel statt Protektionismus“.

Das CDU-Regierungsprogramm konstatiert: „Der weltweit wachsenden Nachfrage stehen begrenzte fossile Ressourcen gegenüber. Wir müssen Abhängigkeiten verringern, Energie effizienter nutzen und erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen. Unser Ziel muss es sein, unsere weltweit führende Rolle in der gesamten Bandbreite der Energie- und Klimaschutztechnologien weiter auszubauen. Wir streben einen Abschluss der Doha-Runde an, um Handelsbarrieren abzubauen und Märkte zu öffnen. Wir bekennen uns zum

Grundsatz des freien Welthandels und lehnen Protektionismus ab. Wir werden Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten konsequent entgegenreten.“

Mehr Selbstbewusstsein!

Die im CDU-Programm nur implizit angesprochenen Gerechtigkeitsfragen der Rohstoffpolitik kommentierte der hessische Ministerpräsident Roland Koch einst so: „Manche unserer Verhandlungspartner in den sich gerade entwickelnden Staaten werden uns darauf hinweisen, dass die Ausbeutung ihrer Rohstoffe und Arbeitskräfte in den letzten beiden Jahrhunderten unter Beteiligung der Europäer so edel und sozial verantwortungsvoll nun auch nicht gewesen sei. Das ist richtig. Wir werden das Selbstbewusstsein entwickeln müssen, trotz dieser geschichtlichen Verantwortung – teilweise auch Schuld – einzufordern, dass heute Regeln gefunden werden, die unsere Interessen am Erhalt unseres Wohlstandes angemessen berücksichtigen.“⁽³⁾ Also doch Freihandel mit Rohstoffen? Angesichts dieses Kurses der politischen Eliten muss die Umweltbewegung hierzulande mehr Selbstbewusstsein entwickeln, vor und nach der Bundestagswahl entschlossen für eine Umkehr in der Handels- und Rohstoffpolitik zu kämpfen.

Anmerkungen und Literatur

- ▶ (1) Zitierweise in diesem Beitrag ohne Auslassungsmarkierungen (...)
- ▶ (2) Die Bundesregierung: Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Berlin 2007, www.bmwi.de; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie: Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit. C.H. Beck, Wuppertal 2005, 278 S., 20,50 €, ISBN 3-406-52788-4
- ▶ (3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.6.2007

Der Sozialökonom Peter Fuchs arbeitet in Berlin bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. zu internationaler Handels- und Investitionspolitik sowie Klimagerechtigkeit.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27582614, E-Mail: peter.fuchs@weed-online.org, www.weed-online.org



Bioenergie

Nachhaltig nur auf dem Papier?

Um die entscheidenden Fragen bei der Biokraftstoffherstellung drücken sich alle Parteien herum

Der Einsatz von Bioenergie bietet Chancen, schafft aber auch große Probleme. Einzelne Maßnahmen wie die Zertifizierung werden zwar von allen Parteien befürwortet, können aber nur teilweise Abhilfe schaffen. Ohne einen umfassenden Ansatz sind ökologische Schäden und soziale Verwerfungen nicht zu verhindern. Davon ist in den Programmen zur Bundestagswahl aber nichts zu sehen. ■ VON LÁSZLÓ MARÁZ, FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG

Die Berg- und Talfahrt, die Biomasse und vor allem Biokraftstoffe in den letzten Jahren durchgemacht haben, wird wohl weitergehen. An diesem Auf und Ab dürfte weder die Verabschiedung von Nachhaltigkeitsverordnungen für Biomassestrom und Biokraftstoffe durch die Bundesregierung etwas ändern noch bieten die Wahlprogramme der Parteien Anhaltspunkte dafür, dass eine wie auch immer zusammengesetzte neue Regierung das Problem in den Griff bekommen könnte.

Bioenergie etwa aus Mais, Zuckerrohr oder Holz, zunächst euphorisch als wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und Ersatz fossiler Energieträger gefeiert, ist in den letzten Jahren stark in die Kritik gekommen. Berichte über die Rodung indonesischer Torfregennälder für Ölpalmenplantagen, über Sklaverei auf brasilianischen Zuckerrohrfeldern, den Anstieg der Nahrungsmittelpreise im vergangenen Jahr und über die Plünderung mancher heimischer Forste durch überzogenen Holzeinschlag machten die Runde. Die Horrormeldungen wollen einfach nicht enden, wenngleich man sich bei all der berechtigten Kritik an solchen Missständen manchmal eine differenziertere Berichterstattung wünscht, die vor allem auch die anderen und zum Teil viel wichtigeren Ursachen für solche Probleme benennt. Denn schon vor der Geburt von Beimischungsquoten für Biokraftstoffe und der Verabschiedung von Biomasseaktionsplänen gab es über 800 Millionen Hungernde auf der Welt – heute über eine Milliarde –, Regenwälder werden schon seit Jahrzehnten durch Viehzüchter, Holzfäller und Agrarkonzerne abgeholzt und auch

die schweren Menschenrechtsverletzungen auf brasilianischen Fazendas und in vielen anderen Ländern haben eine lange, traurige Tradition. Trotzdem ist es natürlich wichtig, alle zusätzlichen Schäden und Rechtsverstöße zu vermeiden.

Deutschland sieht sich als Vorreiter

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Biokraftstoffquotengesetz hat die Bundesregierung die Grundlagen für die Förderung von Bioenergie gelegt. Für den Einsatz von Bioenergie zur Stromgewinnung und für Biokraftstoffe wurden zwei fast inhaltsgleiche Nachhaltigkeitsverordnungen beschlossen. Dabei geht es um flüssige Biomasse, die nach dem EEG vergütet wird (zum Beispiel Raps-, Palm- und Sojaöl) oder die auf die Beimischungsquote für Biokraftstoffe von 6,25 Prozent ab 2010 angerechnet werden soll. Diese Biomasse muss so hergestellt werden, dass ihr Einsatz zur Stromerzeugung mindestens 35 Prozent weniger Treibhausgase als fossile Energieträger freisetzt. Bis zum Jahr 2018 soll diese Mindestanforderung schrittweise auf 60 Prozent angehoben werden. Zudem dürfen die Pflanzen nicht auf Flächen mit hohem Naturschutzwert, wie etwa Regenwälder oder Feuchtgebiete, angebaut worden sein. Mehrere der in der Plattform Nachhaltige Biomasse zusammengeschlossenen Umwelt- und Entwicklungsverbände hatten zu beiden Nachhaltigkeitsverordnungen Stellung genommen und dabei zu lasche soziale und ökologische Kriterien bemängelt.

Doch selbst die Umsetzung der enttäuschend schwachen Nachhaltigkeitsanforderungen ist schwierig. Die Regierung steht

vor einem Problem, denn was ab Januar 2010 in die Tanks fließt, reift gerade auf dem Acker oder wird im Herbst eingesät. Da es bis heute weder anerkannte Zertifizierer noch ausreichende Vorgaben gibt, an die sich Landwirte, Hersteller, Händler oder Kontrolleure halten könnten, kann auch nichts zertifiziert werden. Solange zum Beispiel eine klare Definition des Grünlandbegriffes fehlt, könnte ein Prüfer gar nicht feststellen, ob für den Anbau etwa von Mais oder Raps artenreiches Grünland umgebrochen wurde, das durch die Nachhaltigkeitsverordnungen wegen seines hohen Naturschutzwertes geschützt ist. Die Wiesen und Weiden sind auch wegen des humusreichen Bodens ein wichtiger Kohlenstoffspeicher. Doch wie viel Kohlenstoff muss der Wiesenboden enthalten, um als schützenswert zu gelten?

Das Problem ist weitaus größer

Die Regierung hat für das Problem, dass nachträgliche Zertifizierung nicht möglich ist, eine Übergangsregelung gefunden: Die gesamte Biomasse aus der Ernte und der Aussaat dieses Jahres soll für den Einsatz im kommenden Jahr freigegeben werden. Damit wäre ausgeschlossen, dass diese Biomasse von Feldern stammt, für die Grünland nach dem Stichtag 1. Januar 2008 umgeackert wurde, denn das lässt sich nachträglich feststellen. Und die EU will in Kürze Definitionen vorlegen, damit die Zertifizierer so bald wie möglich ihre Arbeit aufnehmen können.

So, wie die Regelungen sich heute darstellen, werden sich eher die KritikerInnen des Einsatzes von Biokraftstoffen bestätigt fühlen. Und auch wenn in Kürze die Zer-

tifizierung greift: Es muss allen klar sein, dass auch dieses Instrument nur einen Teil der Probleme vermeiden kann, die durch den verstärkten Anbau von Biomasse für energetische Zwecke mit ausgelöst werden. Das räumen auch die Befürworter von Zertifizierungssystemen ein. Denn auch wenn etwa eine Zuckerrohrplantage auf einer ehemaligen Viehweide angelegt wird, kann es ja passieren, dass anderswo Regenwald gerodet wird, um die hungrigen Rinder zu versorgen. Dies zu kontrollieren, ist für die Zertifizierer praktisch unmöglich.

Wahlprogramme der Parteien machen wenig Hoffnung

Obwohl allen Parteien die intensive und teilweise hitzige Debatte um Biokraftstoffe noch in den Knochen stecken dürfte,

besteht kaum Hoffnung auf Besserung – zumindest wenn man ihre Programme zur Bundestagswahl nach Aussagen zum Thema Bioenergie durchsucht. So erwähnen sie zwar die Nachhaltigkeit, die bei der Förderung von Bioenergie zu berücksichtigen sei. Selbstverständlich müssten eine umfassende, lückenlose Zertifizierung etabliert und die Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln vermieden werden. Doch spätestens da, wo die Wahlprogramme das Wirtschaftswachstum beschwören und von Infrastrukturausbau und bezahlbarer Energie sprechen, beschleicht den Leser der Verdacht, dass es doch wieder nur um die Beschaffung sicherer und billiger Energie für ein „Weiter so“ geht.

Wichtiger ist, was nicht in den Wahlprogrammen steht. So könnte eine Reduktion sowohl des Energieverbrauchs

als auch anderer ressourcenintensiver Konsumgüter, vor allem von Fleischprodukten, viel Platz schaffen für den Anbau von Nahrungsmitteln und damit die Lösung einer Reihe von Problemen mit der Bioenergie erleichtern, die derzeit nicht nur von Umwelt- und Menschenrechtsverbänden angeprangert werden.

Der Forstwirt László Maráz koordiniert von Berlin aus die Plattform Nachhaltige Biomasse und die AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung.

Kontakt:

Tel. +49 (0)30 /

6781775-89, Fax -80,

E-Mail: maraz@forumue.de,

www.forumue.de/41.html,

www.plattform-

nachhaltige-bioenergie.de



Fußverkehr

Parteien schlecht zu Fuß

Die natürlichste und umweltschonendste Fortbewegungsart ist kein Wahlkampfthema

Fußgänger: Sind das überhaupt Verkehrsteilnehmer? Jedenfalls keine, um die ein Bundestagswahlkampf geführt werden müsste, glauben die Parteien. Sie haben die energieeffizienteste, billigste und raumsparendste Fortbewegungsform einfach übergangen. Doch der Fußverkehr gehört unbedingt in die Bundespolitik. ■ VON STEFAN LIEB, FUSS E.V.

■ Ist Gehen überhaupt „Verkehr“ im eigentlichen Sinne? Und wenn ja, warum sollen sich der Bundestag oder gar die Bundesregierung darum kümmern? Fußgänger sind doch eine rein kommunale Angelegenheit! Solche Gedanken scheinen auch die Haltung der Parteien zur Bundestagswahl zu beherrschen. In ihren Wahlprogrammen kommt der Fußverkehr jedenfalls nicht vor.

Damit könnte dieser Beitrag enden. Ich kann Ihnen jedoch einige Nuancen mitteilen und werde versuchen zu vermitteln, wie und warum der Fußverkehr unbedingt auf die Agenda der Bundesebene gehört.

Vielleicht ist auch das schon ein Zeichen für die Wertschätzung: Auf unsere Anfragen hat keine Partei konkret geantwortet. Untersucht habe ich daher die Parteien anhand ihrer im Internet für die

Bundestagswahl zur Verfügung gestellten Materialien. Zur Gliederung der folgenden Befunde: Die Parteien sind nach ihrer (wahrscheinlichen) Größe absteigend sortiert, wobei die Berücksichtigung der Fußgänger im Verlauf tendenziell ansteigt.

In den Parteiprogrammen geht gar nichts

Die CDU ist sich ihrer Sache anscheinend sicher und stellt gleich ein „Regierungsprogramm“ ins Netz. Dort fällt der Begriff „Biokraftstoffe der zweiten Generation“ beim Thema Klima, gegen Straßenlärm werden mehr Lärmschutzwände gefordert und unter „Luftqualität“ immerhin die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) versprochen. Zu unserem Thema jedoch: Sendepause. Das ist schade, denn Fußgänger sind ausgespro-

chene Leisetreter und Lungenschoner!

Die Sozialdemokraten schreiten zwar gern Seit‘ an Seit‘, das jedoch anscheinend lieber mit dem „Zukunftsauto made in Germany“. Beim Klimaschutz fällt der SPD in ihrem „Regierungsprogramm“ immerhin ein und auf, dass die wichtigste Energie diejenige ist, die nicht verbraucht wird. Da könnte man doch glatt auf das Naheliegendste kommen, die Sozialdemokraten wollen jedoch lieber das Prinzip „Top Runner“ in der Wirtschaft fördern und nicht „Top Walking“ im Alltag fördern.

Die FDP gibt sich ganz radikal liberal. Jede und jeder darf und soll sich anscheinend in Deutschland frei fortbewegen, wie er und sie es will: Es gibt noch nicht mal ein Kapitel zum Verkehr im liberalen „Deutschlandprogramm“, ganz zu schweigen von Aussagen zu Fußgängern. Selbst ▶

im FDP-Bundesvorstandsbeschluss von 2008 zur Verkehrssicherheit kommen Fußgänger, obwohl sie doch hier als Schutzlose hingehören, nicht vor.

„Fuß- und Fahrradverkehr müssen erheblich stärker gefördert werden“ – damit macht Die Linke nichts falsch, aber auch nicht mehr als nötig. Traditionsgemäß stehen im linken Programm Bahn und ÖPNV im Mittelpunkt. Stets wird die soziale Komponente betont: „Bezahlbare Energie und Mobilität muss auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben.“ Hier zum Beispiel hätte die Partei durchaus im Sinne des Gehens ansetzen können.

Die Grünen gehen zweigleisig vor: Im Bundestagswahlprogramm kommt das Wort „Fuß“ einmal, und zwar in einer Aufzählung, vor. So weit also Niedrigstandard. Etwas besser steht die grüne Bundestagsfraktion da. Die Abgeordneten haben eine Broschüre „Damit es besser läuft!“ erarbeitet, in der Rad- und Fußverkehr gemeinsam, gleichrangig und recht kompetent behandelt werden.⁽¹⁾

Wegen des fehlenden Platzes können wir hier nicht die kleinen Parteien untersuchen. Stichproben ergaben aber, dass sogar Vereinigungen wie die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) oder „Die Grauen – Generationenpartei“ zum Fußverkehr sprachlos bleiben, obwohl ihre Klientel überdurchschnittlich von guter Fußverkehrspolitik profitieren würde.

Einen Fuß in die Tür bekommen

Sieht es im zuständigen Ministerium besser aus als bei den Parteien? Es gibt einen Hoffnungsschimmer: Mitte Juni lud Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) Länder und Verbände ein, an einem „Masterplan Personenverkehr“ mitzuarbeiten. Immerhin erwähnte er dabei Begriffe wie Radverkehr und verkehrsberuhigte Wohnbereiche. Der Fachverband Fußverkehr (FUSS e.V.) darf also hoffen, dass seine umgehende ungefragte Annahme der Einladung nicht ignoriert wird. Ob Herr Tiefensee das Verkehrsministerium in der nächsten Legislaturperiode leiten wird, ist allerdings fraglich.

Warum ist die Vertretung der Gehenden überhaupt so vermessen, so weit oben anzuklopfen? Weil sie sich die Schweiz ein bisschen zum Vorbild genommen hat. Hier ist der Fußverkehr inhaltlich und institutionell schon länger auf der Bundesebene angekommen.⁽²⁾

Wie kann auf Bundesebene dem Fußverkehr auf die Sprünge geholfen werden? Ähnlich wie in der Schweiz besitzt auch in Deutschland der Bund eine Rahmenkompetenz, die er besser oder überhaupt erst einmal ausfüllen sollte. FUSS e.V. schlägt vor:

- ▶ das Oberziel einer Förderung von Nahraumstrukturen und seine Konkretisierung in einem „Nahversorgungsgesetz“ zu verankern;

- ▶ die Bundesmittel zur Förderung des Zufußgehens auf zehn Prozent der gesamten Verkehrsinvestitionen zu erhöhen, was eine deutliche Steigerung wäre;
- ▶ institutionelle und personelle Kapazitäten auf der Ebene der Bundesministerien und in den Anstalten des Bundes mit mindestens 50 Mitarbeitenden für den Bereich Fußverkehr aufzubauen;
- ▶ das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder eine entsprechende Nachfolgeregelung auch nach 2019 weiterzuführen und so zu reformieren, dass statt Großprojekten mehr kleinteilige, intelligente Maßnahmen finanziert werden können, und
- ▶ die Straßenverkehrsordnung zu einer bürgernahen Straßennutzerordnung zu überarbeiten.

Stimmen Sie mit den Füßen ab!

Das aber ist leider noch Zukunftsmusik. Als aktuelles Resümee haben wir dennoch eine Empfehlung für den 27. September für Sie: Die durchschnittliche Entfernung von Ihrer Wohnung zum Wahllokal beträgt etwa einen Kilometer. Gehen Sie zu Fuß zur Urne! Zumindest damit haben Sie eine gute Wahl getroffen. Hoffentlich haben Sie und wir bei der nächsten Wahl eine bessere Wahl. Wir arbeiten dran.

Anmerkungen

- ▶ (1) Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion: Damit es besser läuft! Heft 16/195. Download: www.gruene.de (Publikationen – Verkehr und Bau)
- ▶ (2) Schad, H.; Schweizer, T.: Fußgänger-Masterplan auch für Deutschland? In: *mobilogisch!* 2-09. www.langsamverkehr.ch

Stefan Lieb ist Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland (FUSS e.V.) in Berlin und Redakteur der Zeitschrift *mobilogisch!*. Er hat Philosophie studiert und lange als Krankenpfleger auf der Intensivstation gearbeitet.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 4927-473,
E-Mail: info@fuss-ev.de,
www.fuss-ev.de,
www.mobilogisch.de



Gehen bewegt die Stadt

„Menschen, die durch Land und Stadt gehen, können die Zusammenhänge erkennen und kreativ an deren Verbesserung arbeiten.“

- ▶ „Gehen gehört zur Stadt, wie die Menschen überhaupt;
- ▶ Gehen erhöht die subjektive und objektive Sicherheit;
- ▶ Gehen vernetzt und belebt die Quartiere;
- ▶ Gehen verbindet das Leben der Generationen;
- ▶ Gehen hält und macht gesund;

- ▶ Gehen stärkt die kommunale Wirtschaftskraft;
- ▶ Gehen spart Flächen und Kosten;
- ▶ Gehen sichert den Öffentlichen Personennahverkehr;
- ▶ Gehen wird gefördert durch die Schönheit der Stadt;
- ▶ Gehen weitet den Blick.“

Aus: FUSS e.V. (Hrsg.): Gehen bewegt die Stadt. Nutzen des Fußverkehrs für die urbane Entwicklung. www.fuss-ev.de/gehen-und-gesundheit